



DFR – Kurz gesagt

Newsletter aus der Bundesgeschäftsstelle

Giffey will Gleichstellung zu Kernthema der EU-Ratspräsidentschaft machen

Deutschland wird im zweiten Halbjahr 2020 turnusgemäß die Ratspräsidentschaft in der EU innehaben. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) will die Gleichstellung im Erwerbsleben und den Schutz von Frauen vor Gewalt zu den Schwerpunkten ihrer Arbeit während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 machen. Sie wolle „gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Maßnahmen erarbeiten, wie wir die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Europa wirksam reduzieren können“, erklärte Giffey. „Dabei werden wir auch erörtern, wie wir Frauen und Männer dabei unterstützen können, die bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit gleichberechtigt aufzuteilen.“

<https://www.euractiv.de/section/soziales-europa/news/giffey-will-gleichstellung-zu-kernthema-der-eu-ratspraesidentschaft-machen/>

Strukturelle Diskriminierung von Frauen im Ehrenamt

Der Deutsche Frauenrat hat eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf des BMFSFJ und weiterer Bundesministerien zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt erarbeitet. Er weist darauf hin, dass Frauen aufgrund von Genderstereotypen und strukturellen Arbeitsmarktdiskriminierungen auch im ehrenamtlichen Kontext oft benachteiligt sind, da sie nach wie vor für die (unbezahlte) Sorge- und Hausarbeit hauptzuständig sind. Sie finden sich deshalb beim ehrenamtlichen Engagement weniger in Leitungsfunktionen und Vorständen wieder. Die Ehrenamts- und Engagementstiftung muss die unterschiedlichen Voraussetzungen für Frauen und Männer im Blick haben und Gleichstellung als wichtiges Querschnittsthema betrachten.

<https://www.frauenrat.de/stellungnahme-zum-gesetzentwurf-zur-errichtung-einer-engagementstiftung/>

Das Europäische Parlament verurteilt Diskriminierung von LGBTI-Personen in EU-Mitgliedstaaten

In einer Resolution verurteilte eine große Mehrheit der Europaabgeordneten im Dezember 2019 Angriffe auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersex-Personen (LGBTI), die in der EU von Staaten, Staatsbeamten, nationalen und lokalen Regierungen und Politikern verübt werden. Dazu gehören auch homophobe Aussagen in Wahlkampagnen und Hassreden gegen LGBTI im Kontext von Wahlen in Estland, Spanien, dem Vereinigten Königreich, Ungarn und Polen. Insbesondere verurteilen die Mitglieder des Europäischen Parlaments die sogenannten „LGBTI-freien Zonen“, die seit 2019 in einigen Gemeinden und Regionen Polens errichtet werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20191212IPR68923/parliament-strongly-condemns-lgbti-free-zones-in-poland>

Herausgeber: Deutscher Frauenring e.V. Bundesgeschäftsstelle Sigmaringer Str. 1 10713 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Elisabeth Botsch mail@d-fr.de